

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Wolfgang Zeisig skizziert die Erfordernisse einer wirklichen Umkehr der CDU-Politik. Der Borschel-Skandal war kein „Unfall“.

Seite 1

Dokumentation:

Holger Börner würdigt das politische Lebenswerk von Rolf Frölich: Ein Auszug aus seiner Trauerrede.

Seite 3

42. Jahrgang / 242

18. Dezember 1987

Der Borschel-Skandal war kein „Unfall“

Die CDU sollte zu demokratischen Spielregeln zurückkehren

Von Wolfgang Zeisig

Referent der SPD-Bundestagsfraktion

Statt eines „herkömmlichen Wahlkampfes“ will die CDU im kommenden schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf „Vertrauenswerbung“ betreiben. Diese wird wie andere Äußerungen Geißlers legen den Verdacht nahe, daß die CDU nichts dazugelernt hat. Anstatt für eine wirkliche Erneuerung der Partei in Schleswig-Holstein zu sorgen, anstatt im Wettbewerb mit den anderen Parteien um den besten Weg für die Zukunft dieses Landes zu streiten, setzt Geißler auf „Werbung“, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Der Skandal um Uwe Borschel ist aber kein „Unfall“, nach dem man so einfach zum Alltag zurückkehren könnte, und „Werbung“ ist das ungeeignetste Mittel, um mit den Problemen fertig zu werden. Gerade eine solche von der CDU schon seit Jahren betriebene mehr oder weniger inhaltslose Politikwerbung dürfte neben den aktuellen Ereignissen nicht unerheblich zu dem beklagten Vertrauensverlust und einer Politikverdrossenheit bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern beigetragen haben. Dann wenn

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos für Mitglieder
des Sozialdemokratischen
Presseverbandes



sich Politik in eine Art Waschmittelwerbung und in leere Begriffe (Semantik) flüchtet, wenn - wie in der Vergangenheit - auch noch die rücksichtslose Diffamierung des politischen Gegners hinzukommt, dann wird Politik eben unglaubwürdig und stößt zu Recht auf Ablehnung. Und es ist ein völlig untauglicher Versuch, Glaubwürdigkeit mit den Methoden zurückzugewinnen, mit denen man sie letztlich verspielt hat.

Was vor allem den Konservativen not tut, ist eine Politik mit offenem Visier. Ein wirklicher Neuanfang der CDU setzt voraus, daß sie sich mehr auf demokratische Spielregeln besinnt, ohne die die Demokratie auf Dauer Schaden nimmt. Worauf es ankommt, hat Fritz Erler so beschrieben:

„Mit dem politischen Gegner wird gerungen, ja es wird sogar um ihn gerungen. Deshalb lehne ich die Definierung des Politischen als Freund-Feind-Verhältnis ab. Sie entmenschlicht die Politik. Natürlich wird in der Politik zwischen Andersdenkenden, ja Gegnern gerungen. Aber es geht dabei doch immer um die Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft, der wir angehören, die auch den politischen Gegner mit umschließt. So ist Politik eben nicht einfach Bekämpfung des anderen oder gar Auslöschung eines Feindes, sondern immer Zusammenleben, möglichst sogar Zusammenwirken.“

Solange Geißler die Entschuldigung Stoltenbergs gegenüber Björn Engholm als „wichtige vertrauensbildende Maßnahme“ für den kommenden Wahlkampf einstuft - wohl ohne zu merken, daß er sie damit in peinlicher Weise abwertet -, solange Geißler offenbar nur deshalb vom Vertrauensverlust bei vielen Wählerinnen und Wählern beunruhigt ist, weil er die Wahlniederlage seiner Partei fürchtet, so lange sind er und die CDU noch weit davon entfernt, diesen demokratischen Spielregeln und dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ wirklich ernst zu nehmen.

(-/18.12.1987/vo-he/st)

* * *



DOKUMENTATION

=====

Selbst ein Stück Geschichte

Der ehemalige hessische Ministerpräsident Holger Börner hat in einer Trauerrede das politische Lebenswerk von Rosi Frölich gewürdigt. Wir dokumentieren einen Auszug im Wortlaut.

Sie gehörte zu den Kräften in der Geschichte unseres Volkes, die - wie es Bundespräsident Gustav Heinemann einmal ausgedrückt hat - : „Dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung gestalten kann.“

Sie hat die Geschichte der Arbeiterbewegung und die deutsche Geschichte seit der Jahrhundertwende nicht nur erlebt und durchlitten - sie ist selbst ein Stück dieser Geschichte.

Bis vor kurzem konnten wir glauben, sie werde das 100. Lebensjahr im Mai 1988 erreichen. Jetzt ist ihr Leben für Frieden und Menschenwürde, für soziale Gerechtigkeit und Demokratie zu Ende gegangen.

Nicht viele kennen die Lebensgeschichte dieser Kämpferin für die Sache der Arbeiterbewegung. Sie war eine der bedeutendsten sozialistischen Politikerinnen des Kaiserreichs, der ersten Republik und der Nachkriegszeit hier in Frankfurt.

Als Zeitzeuge und Persönlichkeit der Zeitgeschichte konnte sie besser als alle archivierten Quellen historische Entwicklungen, politische und menschliche Erfahrungen, Niederlagen, Enttäuschungen und Hoffnungen vermitteln.

„Vieles ist der jungen Generation noch nicht mitgeteilt worden, vielleicht lebe ich deshalb so ungebührlich lange“ - das hat sie selbst jungen Helferinnen und Studentinnen, die sie betreut haben, bei ihrem Geburtstag im Mai 1986 gesagt.

Geboren 1888, einer bürgerlichen, jüdischen Familie entstammend, wohlbehütet aufgewachsen, mit exzellenter Schul- und Ausbildung versehen - für die damaligen Verhältnisse ungewöhnlich genug -, fand sie schon als junge Frau den Weg zur Arbeiterbewegung. Es war die Zeit, als das 12jährige Verbot der Sozialdemokratischen Partei durch Bismarck überwunden war.

Sie war angezogen vom Elend der Arbeiter an Rhein und Ruhr. Aber als sie im Jahre 1907 der Sozialdemokratischen Partei beitreten wollte, war dies für Frauen noch nicht möglich. Vielleicht mag ihr Engagement für die Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft in diesem Erlebnis mit einer Wurzel haben.

Ein Jahr später, als das entsprechende Gesetz geändert war, gehörte sie dann zu den ersten Frauen in der SPD. Es war damals die Zeit des Kampfes um gerechteren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, den Acht-Stunden-Tag.

Von Anfang an verschrieb sich Rosi Frölich mit Herz und Verstand der sozialdemokratischen Sache. Ihr politischer Weg war geprägt von dem Bebel'schen Ratschlag: „Lieber ein bisschen zuviel Hoffnung und Ungeduld, als eine Rede- und Denkweise, die jeden Nerv der Begeisterung sozusagen aus dem Leib schneidet und nur mit der nüchternen Berechnung arbeitet.“

Sie begann ihre politische Arbeit in Hagen, einem Ort, der vor dem ersten Weltkrieg ein aktives, lebendiges Zentrum der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet war. Hier nahm sie an den Kämpfen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht 1908 und 1910 teil, hier organisierte sie die Frauenarbeit der Partei, hier war sie Rednerin und Versammlungsleiterin im Wahlkampf 1912.



Und hier in Hagen lernte sie bei der Parteiarbeit Rosa Luxemburg persönlich kennen. Durch diese Begegnung wurde ihr weiteres politisches Leben entscheidend beeinflusst. Der Besuch der Partei-
schule der SPD in Berlin, an der Rosa Luxemburg lehrte, war selbstverständliche Konsequenz und
damals zugleich ein Höhepunkt des politischen Wirkens der erst 24jährigen Genossin in der Partei.

Rosa Luxemburg war es auch, die sie mit ihrem späteren Mann Paul Frölich zusammenbrachte.
Gemeinsam engagierten sie sich mit Leidenschaft gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die
SPD-Reichstagsfraktion zu Beginn des ersten Weltkrieges. Diese Veränderung der Haltung der SPD
beim Kriegsausbruch 1914 - nach langem vergeblichem Kampf der Sozialdemokratie für die Erhal-
tung des Friedens - empfand Rosi auch als persönliche Tragödie.

Sie war radikale Kriegsgegnerin und mußte nun die Spaltung der Sozialdemokratie miterleben.

Dieser Weg aus der Geborgenheit des großbürgerlichen Elternhauses in die Sozialdemokratie war in
der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ein Schritt, der nicht nur persönlichen Mut erforderte. Er bedeu-
tete für sie auch zugleich Abschied von vielem, was durch Tradition und Erziehung in ihrem Leben
vorgezeichnet war.

Das war damals revolutionär: Sich auf die Seite der Entrechteten zu stellen, für Arbeiterbildung
einzutreten, Wege aus dem Elend der industriekapitalistischen Ausbeutung aufzuzeigen, sich für die
Gleichberechtigung der Frau einzusetzen und das Frauenwahlrecht zu erkämpfen, zu einer Zeit als
Universitätsbildung den Frauen versperrt und ihnen die bürgerliche und politische Gleichberechtigung
in der Gesellschaft verweigert wurde, engagiert für den Frieden einzutreten in einer militari-
sierten Gesellschaft.

In diesem Sinne war Rosi eine Revolutionärin.

(-/18.12.1987/vd-he/st)

* * *

BERICHTIGUNG:

Im Beitrag von Florian Gerster und Peter Zumkley „Der Praxistest steht noch bevor“ (SPD-Press-
dienst vom 17. Dezember) muß der vierte Satz im vierten Absatz richtig lauten:

Wenn die Bundeswehr als Arbeitsplatz in den nächsten Jahren nicht attraktiver wird, wird die Gewin-
nung längerdienender Soldaten und die Begrenzung des Anteils von Wehrdienstverweigerern kaum
erreichbar sein.

Wir bitten um Entschuldigung.

